

## Informationen zum Tätigkeitsbericht 2021 der Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Die Trägerschaft für die Fachstelle „Sichern und Wohnen“ des Landkreises Darmstadt-Dieburg wurde zum 01.01.2021 im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens, an die Arbeitsgemeinschaft Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg und PaSo gGmbH vergeben. Mit einem Fachkräfteschlüssel von 2,85 Vollzeitstellen kümmert sich die Fachstelle gemäß ihres Auftrages um wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen im Landkreis.

Das Leistungsspektrum umfasst die Prävention von Wohnungsverlust, Zugang zu neuem Wohnraum für bereits Betroffene, Beratung in den ordnungsrechtlichen Unterkünften der Kommunen und offene Sprechstunden.

Die Fachstelle wurde in der Bevölkerung, bei Kooperationspartnern, in den einschlägigen Netzwerken und innerhalb der Kreisverwaltung bekannt gemacht. Ebenso erfolgte ein regelmäßiger und enger Austausch mit der Koordinatorin für Wohnungsnotfallhilfe und des Fachbereiches Soziales und Teilhabe. Die Fachstelle wurde Mitglied der AG Wohnungssicherung und konnte sich auf einigen Fachtagungen zum Thema „Wohnen/Wohnungsverlust“ bekannt machen.

In den Ordnungsämtern der 23 Kommunen wurden die Tätigkeiten der Fachstelle positiv aufgenommen. Themen zur ordnungsrechtlichen Unterbringung wurden aufgegriffen und gemeinsam bearbeitet.

Beim Fachtag des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu den rechtlichen Grundlagen der ordnungsrechtlichen Unterbringung, mit Fachanwalt Karl-Heinz Ruder, konnte den Teilnehmenden ein guter Überblick vermittelt werden. Einzelfälle wurden vorgestellt und Rückfragen beantwortet, so dass mehr Handlungssicherheit im Umgang mit Ordnungsrechtlicher Unterbringung erzielt werden konnte.

Die Fachstelle hat im vorliegenden Zeitraum 237 Menschen zum Thema „Wohnungsnotfallprävention“ beraten.

25 Personen konnten aus der Ordnungsrechtlichen Unterbringung in Wohnraum vermittelt werden. Insgesamt konnte für 68 Personen der Wohnraum gesichert werden. Einige Fälle befinden sich noch im laufenden Verfahren. In der Kreisverwaltung eingehende Räumungsklagen konnten aufgrund von zu klärenden Datenschutzmodalitäten erst ab dem vierten Quartal bearbeitet werden. Hier ist eine Steigerung der Fallzahlen zu erwarten.

Besondere Schwierigkeiten zeigten sich bei der Wohnraumvermittlung. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt, gerade im Sektor der Klein- und Kleinstwohnungen, sowie anhaltende Vorurteile gegenüber Personen im Transferleistungsbezug erschweren die Wohnungssuche.

Durch die Pandemie waren Beratungen in Unterkünften, offene Sprechstunden und aufsuchende Arbeit nur bedingt möglich. Trotzdem wurden die Beratungsangebote per Email und Telefon gut genutzt.

Hauptsächliche Schwierigkeit bei der Vermittlung von Menschen aus der Ordnungsrechtlichen Unterbringung, ist eine psychische Beeinträchtigung und/oder Diagnose.

Etwa 10% der Präventionsfälle meldeten sich, aufgrund von extremen Schimmelbefall im Wohnraum.

Signifikant waren Hilfesuchende mit nicht realisiertem Anspruch auf Transferleistungen. Kleine Renten auf SGBXII-Niveau und Geringverdienende stellen die zweitgrößte Gruppe der

Hilfesuchenden dar. Hohen Beratungsbedarf in diesem Segment gab es zu den angemessenen Unterkunftskosten gemäß den aktuellen Richtlinien.

Themen zur weiteren Bearbeitung 2022 sind unter anderem der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die geringe Anzahl an Wohnungen mit sozialer Bindung und steigende Räumungsklagen wegen Eigenbedarf.

Kontakt

**Stefanie Belling**

Koordinatorin für Wohnungsnotfälle

Fachbereich Soziales und Teilhabe

Tel.: 06151 881-2163

E-Mail: [s.belling@ladadi.de](mailto:s.belling@ladadi.de)